

4

Weiter gilt: **Solidarisches, forschendes Lernen und Eingreifen für eine bessere Welt.**

„Meine Augen haben gesehen, was niemand hätte erleben dürfen: Von berühmten Architekten gebaute Gaskammern, von hochgradig spezialisierten Ärzten vergiftete Kinder. (...) Lesen und schreiben sind nur dann bedeutsam, wenn sie dazu dienen, unsere Jugendlichen menschlicher zu machen.“

Aus: Anita Novinsky (Holocaust-Überlebende): Brief an einen Professor.

Die Kontroverse, ob Bildung und Wissenschaft dem Menschen dienen müssen oder sich opportun den vorgegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen haben (bis hin zur Kriegsbeteiligung), spitzt sich nach der Abstimmung zu. Die Zivilklauselbewegung steht dabei unter anderem im Widerstreit mit der These, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hätten aufgrund beliebiger Anwendung der Wissenschaftsergebnisse keine gesellschaftliche Verantwortung (die Problematik des „Dual Use“), sowie der Verdrehung der grundgesetzlich verbrieften Wissenschaftsfreiheit als Freiheit sich meistbietend zu verkaufen.

Erfreulich an dieser politischen Polarisierung ist, dass wir mit dem Erfordernis der Zivilklausel humane Entwicklungsmaßstäbe und -möglichkeiten setzen, vor denen sich alle Rechenschaft ablegen müssen. Dabei stehen sich zunehmend Karrierismus und Humanismus gegenüber. Im Senat der Universität, in den Gremien der Fakultäten, in der Öffentlichkeit, in Parteien setzen wir die Kontroverse fort: Zivilisation statt Barberei..

Krieg – die Verneinung der Humanität. Der Film von Frieder Wagner zeigt die Wahrheit über die Kriege der NATO.



Die Herausforderung: Die Praxis für den Frieden verallgemeinern. Ausschnitte aus dem Antrag zum Parteirat der Köln-SPD am 13. Juni.

Keine Zusammenarbeit von Hochschulen mit Rüstungsunternehmen und Militär.

Antrag: Die SPD setzt sich für die Verankerung einer Zivilklausel in den Landes- und im Bundeshochschulgesetz sowie für eine Offenlegung sämtlicher drittmittelgeförderter Forschungsprojekte an Hochschulen ein.

Das Engagement der Studierenden und der Gewerkschaften am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und an der Universität Köln für eine Verankerung einer Friedensbindung – wonach Forschung und Lehre sich ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke zu betätigen hat (Zivilklausel) – ist eine perspektivbildende Ermunterung. Die Verankerung von Zivilklauseln sind mehr als eine Maßnahme, sie sind lebendige Praxis: das Engagement für Zivilklauseln steht dafür, dass gegen die Macht der Gewalt und der finanziellen Erpressung die Macht des Arguments und einer kritischen und kooperativen Lebensweise für unbedingte Zivilität entwickelt werden kann und muss.

Ohne Transparenz keine gesellschaftlich verantwortliche Wissenschaft. Der Antrag zur Offenlegung der Drittmittelverträge:

Wissenschaftsfreiheit verpflichtet: Drittmittelkooperationen an der Universität Köln offen legen.

Unter dem Druck der öffentlichen Unterfinanzierung der Hochschulen wurden in den letzten Jahren Hochschulen zunehmend dazu gezwungen, finanzielle Einnahmen von Drittmittelgebern einzuwerben. Der Senat der Universität zu Köln sieht eine solche Entwicklung als problematisch an. Erstens kann eine wissenschaftliche Tätigkeit in gesellschaftlicher Verantwortung behindert werden, wo bestimmte Problemstellungen im Auftrage Dritter (z. B. der Industrie) gelöst werden sollen und der Auftraggeber ein direktes Interesse am Ergebnis des Projektes hat. Zweitens hindert die daraus resultierende Geheimhaltung der Kooperationen und Ergebnisse die Weiterentwicklung der Wissenschaft selbst.

Der Senat der Universität zu Köln spricht sich daher für die Offenlegung aller an der Hochschule stattfindenden Drittmittelkooperationen aus.

Krieg ist nicht zu begründen, Frieden schon. Der AK Zivilklausel hat Fragen an die Universitätsleitung gestellt, um die Debatte um die Ausrichtung der Wissenschaft im Akademischen Senat auf die Tagesordnung zu setzen.

Fragen vom AK Zivilklausel an Rektorat und Senat

Im Dezember 2010 haben sich im Rahmen einer Abstimmung 65% der wahlberechtigten Studierenden für eine zivile Ausrichtung der Hochschule ausgesprochen und dafür, folgenden Passus in die Grundordnung der Universität aufzunehmen: „Die Universität wirkt für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Sie ist selbst eine zivile Einrichtung, betreibt keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperiert nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie.“

Der AK Zivilklausel hat folgende Fragen an Rektorat und Senat, im Besonderen an die im Folgenden genannten Personen:

Herr Freimuth (Rektor):
 • Friedensbewegung und Friedensforschung bemühen sich um Öffentlichkeit. Welche Drittmittelkooperationen sind auf Geheimhaltung angewiesen?
 • Der Pressesprecher der Uni Köln wird in der Kölner Stadtrevue zitiert: „Als Rüstungsproduzent sind wir auch einer der Exportweltmeister. Letztendlich muss jede Institution für sich entscheiden, wie sie damit umgeht.“ Wo sehen Sie die Grenzen der Inhumanität?

Herr Kaul (Prorektor für Lehre und Studium):
 • Im selben Interview kennzeichnet der Pressesprecher der Universität das Votum für die Zivilklausel von 5000 Studierenden als „Minderheitenmeinung“. Wenn man eine solche zur „Grundlage von Entscheidungen“ mache, „müsste man grundsätzlich fragen, ob das Demokratie ist.“ Welche Mehrheit repräsentiert der Hochschulrat?
 • Was muss an der aktuellen Verfasstheit der Universität geändert werden, damit die Ausrichtung und der Gehalt der Lehre und des Studiums demokratisch entwickelt werden können und zu einer Demokratisierung der Gesellschaft beitragen?

Herr Neyses (Kanzler) / Frau Steinbeck (Prorektorin für Planung, Finanzen und Gender):
 • Was ist an der aktuellen finanziellen Ausstattung der Universität problematisch und muss geändert werden, damit die Institution zu einer zivilen Gesellschaftsentwicklung beitragen kann?

Herr Krieg (Prorektor für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs):
 • Können Sie Forschungsprojekte nennen, die durch die eingeforderte Zivilklausel in Gefahr geraten?
 • Es gibt sicherlich an der Universität Köln Forschungsansätze, die darauf gerichtet sind, zu einer zivilen und friedlichen Gesellschaftsentwicklung beizutragen. Welche Bemühungen gibt es bereits und welche wären zu unternehmen, diese stärker zur Geltung zu bringen?

* Die Zitate des Pressesprechers in der Kölner Stadtrevue wurden von der Hochschulleitung nicht autorisiert.

Sämtliche Fragen blieben unbeantwortet.